

Angaben zur Förderung

Geplante Maßnahmen und voraussichtlicher Förderungsbedarf :

I. Förderungsfähige Maßnahmen (bei Neuniederlassung):

- Kosten des Praxisumzugs; ein Praxisumzug innerhalb der Gemeinde Moorrege wird nicht gefördert
- Umbau, Renovierung
- Anschaffung von medizinischen Geräten und Praxisausstattung (EDV-Ausstattung, Behandlungsräume)
- Kosten des privaten Wohnungsumzugs, sofern der Hauptwohnsitz in die Gemeinde Moorrege verlegt wird
- Übernahme für die Dauer von 2,5 Jahren der monatlichen Kaltmiete (ohne Nebenkosten) für gemietet Praxisräume bis zur Höhe von maximal 500 €/Monat ohne eine etwaige Umsatzsteuer
- Andere Leistungen sind auf Anfrage möglich

Bis zum Maximalbetrag in Höhe von XXXX € sind mehrere Maßnahmen möglich.
Geeignete Nachweise sind dem Antrag beizufügen.

Sind Sie Kleinunternehmen i.S.d. § 19 Abs.1 UStG?

- ja
 nein, bitte geben Sie nur Nettobeträge an:

geplante Maßnahme	Voraussichtliche Kosten	Anschaffungszeitpunkt/ Beginn und Dauer der Maßnahme

Zusätzliche Erklärungen des Antragstellers/der Antragstellerin:

Ich/Wir habe(n) von den Voraussetzungen für die Gewährung der betreffenden Förderung Kenntnis genommen. Mir/Uns ist bekannt, dass die Rechtsgrundlagen und Merkblätter bei der zuständigen Behörde eingesehen werden können.

Mir/Uns ist bekannt, dass mir/uns keine Zahlungen zustehen, wenn ich/wir die für den Erhalt solcher Zahlungen erforderlichen Bedingungen künstlich geschaffen habe(n) (Art. 5 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1975/2006).

Die **Anlagen 1 und 2** zu diesem Antrag sind ebenfalls auszufüllen und werden Bestandteil des Antrages.

Ort, Datum

**Name, Vorname
Unterschrift**

Anlagen:

Anlage 1: Erklärung nach dem Subventionsgesetz

Anlage 2: Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte „De-minimis“-Beihilfen

Anlage 1 zum Antrag zur „Richtlinie zur Förderung der Ansiedelung von Ärztinnen und Ärzten in der Gemeinde Moorrege“ – Erklärung nach dem Subventionsgesetz

ERKLÄRUNG:

Mir/Uns ist bekannt, dass alle Angaben in dem Antrag und die Angaben in den mit dem Antrag eingereichten Dokumenten subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) und § 1 Landessubventionsgesetz (LSubvG SH) sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass

- ich/wir nach § 3 Abs. 1 Subventionsgesetz verpflichtet bin/sind, auch in Fällen höherer Gewalt der zuständigen Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen schriftlich mitzuteilen, die Auswirkungen auf die Förderung, die Bewilligung, die Gewährung, die Weitergewährung, die Inanspruchnahme oder das Belassen der Förderung haben oder ihr entgegenstehen oder für die Rückforderung der Leistungen erheblich sind,
- falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben zur Strafverfolgung führen können und mir/uns auch die Kosten für Kontrollmaßnahmen auferlegt werden können,
- der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann,
- jede Bewilligungsbehörde verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, den Strafverfolgungsbehörden mitzuteilen,
- von der zuständigen Bewilligungsbehörde alle Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Bewilligung der Förderung erforderlich sind, auch rückwirkend angefordert werden können,
- die zuständige Bewilligungsbehörde entsprechend den Beihilfevorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann.

Mir/Uns ist bekannt, dass die zuständigen Behörden von Land, Bund und der Europäischen Union sowie die jeweiligen Rechnungshöfe sowie beauftragte Unternehmen das Recht haben, das Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung der Beihilfen und Förderungen durch Kontrollmaßnahmen (z.B. durch Besichtigungen an Ort und Stelle, Einsichtnahme in die Bücher, Belege und sonstige Unterlagen) zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen und Auskünfte über die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse einzuholen, und dass der Antrag abgelehnt wird bzw. der Förderung widerrufen wird, wenn eine Kontrolle vor Ort durch den Antragsteller oder seinen Vertreter nicht zugelassen wird.

Mir/Uns ist bekannt, dass im Falle der Eröffnung eines Gesamtvollstreckungs- oder Insolvenzverfahrens umgehend die zuständige Bewilligungsbehörde über diesen Sachstand zu informieren ist.

Mit meiner/unserer Unterschrift erkläre(n) ich/wir mein/unser Einverständnis zum gesamten Antrag.

Ort, Datum

**Name, Vorname
Unterschrift**

Anlage 2 zum Antrag zur „Richtlinie zur Förderung der Ansiedelung von Ärztinnen und Ärzten in der Gemeinde Moorrege“ – Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte „De-minimis“-Beihilfen

Antragsteller (Privatanschrift)	
Name, Vorname	
Straße und Hausnummer	
PLZ und Ort	
Tel./Fax	
E-Mail	

Ist der Antragsteller im Bereich des Straßentransports tätig?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
---	--

Hiermit bestätige ich, dass der Antragsteller im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren

keine

folgende

- „De-minimis“-Beihilfen* im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 379 vom 28. Dezember 2006 bzw.
- DAWI-„De-minimis“-Beihilfen* im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf „De-minimis“-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 114 vom 26. April 2012 (im Folgenden DAWI-„De-minimis“-Beihilfen genannt), erhalten habe/hat** :

Datum Bewilligungsbescheid/ Darlehenszusage/ Fördervertrag	Förderungs-/ Darlehensgeber	Aktenzeichen	Fördersumme In EUR	„De-minimis“-Beihilfe***	DAWI-„De-minimis“-Beihilfe***	Subventionswert in EUR
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Außerdem hat der Antragsteller folgende weitere „De-minimis“-Beihilfen bzw. DAWI-„De-minimis“-Beihilfen beantragt:

Datum der Beantragung	Zuwendungs-/ Darlehensgeber (ggf. Förderprogramm)	Art der Beihilfe (Zuschuss, zinsverbilligt es Darlehen etc.)	beantragte Fördersumme in EUR	„De-minimis“-Beihilfe***	DAWI-„De-minimis“-Beihilfe***	Subventionswert in EUR
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Diese Mittel wurden noch nicht bewilligt, bzw. zugesagt.

* Wie hoch die Summe der Beträge der von Ihnen bereits erhaltenen „De-minimis“-Beihilfen bzw. DAWI-„De-minimis“-Beihilfen ist, können Sie den in dem betreffenden Zeitraum erhaltenen „De-minimis“-Bescheinigungen in der Anlage zu den Zuwendungsbescheiden/Darlehensverträgen entnehmen.

** Alternativ zu der zu fertigenden Aufstellung können Sie auch die zuletzt erhaltene „De-minimis“-Bescheinigung einreichen.

*** Zutreffendes bitte ankreuzen

Mir/Uns ist bekannt, dass die vorstehenden Angaben subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit § 3 Subventionsgesetz sind. Ich verpflichte mich, Ihnen Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sofern Sie mir vor der Zusage für die hier beantragten Mittel bekannt werden.

Ort, Datum

**Name, Vorname
Unterschrift**